



Organisation
der Vereinten Nationen
für Bildung, Wissenschaft
und Kultur



Ziele für
nachhaltige
Entwicklung



OSCE
ODIHR

Mit Bildungsarbeit gegen Antisemitismus

*Ein Leitfaden für politische
Entscheidungsträger/-innen*

In einer Zeit, in der das Problem des Antisemitismus weltweit immer drängender wird, stellt sich dieser neue Leitfaden der UNESCO und der OSZE der Aufgabe, Lernende gegen aktuelle Formen des Antisemitismus zu wappnen. Der Leitfaden präsentiert konkrete Vorschläge wie Bildungsarbeit dazu beitragen kann, Antisemitismus zu begegnen, Vorurteile vorzubeugen und Toleranz zu fördern. Zu diesem Zweck werden Ansätze vorgestellt, die auf Prinzipien wie Achtung der Menschenrechte, Global Citizenship Education, Inklusivität und Geschlechtergleichstellung aufbauen. Zudem gibt die Publikation politischen Entscheidungsträger/-innen nützliche Werkzeuge und Orientierungshilfen an die Hand, um sicherzustellen, dass die Bildungssysteme junge Menschen durch kritisches Denken und Respekt für andere widerstandsfähig gegen antisemitische Ideen, Ideologien, gewalttätigen Extremismus und, ganz allgemein, alle Formen von Rassismus und Diskriminierung machen können.

Schwerpunkte des Leitfadens zur Bildungsarbeit gegen Antisemitismus:

- Der Leitfaden erklärt den komplexen Charakter des Antisemitismus: seine Erscheinungsformen, Merkmale, Varianten und Auswirkungen.
- Er legt innerhalb eines menschenrechtsbasierten Rahmens präventionspolitische Prinzipien und Lernziele für die Thematisierung und Bekämpfung des Antisemitismus durch Bildungsarbeit dar.
- Er erläutert, wie Maßnahmen gegen Antisemitismus umfassend und nahtlos in bereits existierende pädagogische Ansätze wie Global Citizenship Education integriert werden können.
- Er beschreibt die vorrangigen Handlungsfelder und präsentiert Strategien, Verfahren und Lehrmethoden, die dabei helfen, Bildung über Antisemitismus in Bildungssysteme zu integrieren.
- Er erörtert Möglichkeiten des Umgangs mit Antisemitismus in Bildungseinrichtungen, als Vorbedingung für das Lernen, und zeigt Wege auf, um die Menschenrechte der Lernenden zu schützen und zu verteidigen.
- Er erklärt, warum die Wissensvermittlung zum Thema Menschenrechte – einschließlich der Rechte auf Information, Religions-, Glaubens- und Gewissensfreiheit, freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung – von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Antisemitismus ist.
- Er beinhaltet strategische Optionen für den Umgang mit Antisemitismus in verschiedenen Bildungsumgebungen und für die Stärkung der Medien- und Informationskompetenz, um online propagierten Antisemitismus erkennen und zurückweisen zu können.
- Er stellt Beispiele aus der Praxis vor, mit denen die Kapazitäten von Regierungsbeamten/-innen und Lehrkräften gestärkt werden können, die Auswirkungen eines

unwidersprochenen Antisemitismus auf die jüdische und die gesamte Bevölkerung zu erkennen und entsprechende Initiativen auf den lokalen oder nationalen Kontext anzupassen.

Zur Bekämpfung des Antisemitismus können politische Entscheidungsträger/-innen:

- Umfang und Tragweite des Antisemitismus als ein Problem anerkennen, dem man durch Bildungssysteme begegnen muss.
- Lehrkräfte mit antisemitischen Stereotypen und Verschwörungstheorien sowie deren sozialen und politischen Funktionen vertraut machen, damit sie diese problemlos erkennen und ihnen entsprechend begegnen können.
- Sicherstellen, dass die Bildungssysteme die Achtung der Menschenrechte stärken, gegenseitigen Respekt und Inklusion fördern sowie ein sicheres und unterstützendes Lernumfeld für alle Jugendlichen, einschließlich Jüdinnen und Juden, bieten und das Problem nicht verschärfen.
- Unter Verwendung passender Politikansätze und gender-gerechter Pädagogikkonzepte, die Demokratie, Frieden, Geschlechtergleichstellung und das Konzept der Global Citizenship Education fördern, dafür sorgen, dass Antisemitismus als ein menschenrechtsrelevantes Thema behandelt wird.
- Ansätze fördern, mit denen die Widerstandsfähigkeit der Lernenden gegenüber Vorurteilen und Stereotypen langfristig gestärkt wird, indem man ihre Fähigkeiten in puncto kritisches und reflektierendes Denken auf- und ausbaut und systematisch geschlechtsspezifische und sonstige Stereotype dekonstruiert.
- Die Wissensvermittlung zum Thema Antisemitismus so in die Bildungsarbeit über den Holocaust einbinden, dass auch die Verbindungen zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus klar werden.

- Angebote zur Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte unter Nutzung forschungsbasierter Bildungsressourcen zum Thema Antisemitismus machen.
- Lehrpläne, Lehrbücher und andere Unterrichtsmaterialien überprüfen und sicherstellen, dass diese aktuelle Ansätze und Forschungsstände zu den Themen Menschenrechte, Inklusivität und Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen.
- Medien- und Informationskompetenzen fördern, um die Widerstandsfähigkeit der Lernenden gegen Manipulation, Vorurteile, Stereotypen und Verschwörungstheorien zu stärken.
- Die Austausch und Partnerschaften zwischen Schulen und Vertreter/-innen von jüdischen und anderen Gemeinschaften, NGOs, Museen, Gedenkstätten, Bibliotheken und sonstigen relevanten Einrichtungen fördern und pflegen.
- Rechtsvorschriften, Verfahrensweisen und allgemein zugängliche Meldemechanismen für antisemitische Vorfälle erarbeiten, mit denen Achtung und Schutz der Menschenrechte in Bildungseinrichtungen gewährleistet werden können.
- Die Kapazitäten nationaler Menschenrechtseinrichtungen stärken, um für alle, einschließlich der jüdischen, Lehrkräfte und Lernenden eine sichere Umgebung zu schaffen und etwaige Menschenrechtsverletzungen angehen zu können.
- Die interministerielle Zusammenarbeit durch die Durchsetzung von hochrangigen Mechanismen zur Bekämpfung des Antisemitismus stärken.
- Abgeordnete bei der Etablierung parteiübergreifender Parlamentarier/-innengruppen unterstützen, die zum Thema Antisemitismus arbeiten und an der Erstellung solider Rechtsvorschriften im Bildungsbereich mitwirken.



Nähere Informationen zu den Initiativen des BDIMR gegen Hassverbrechen und eine vollständige Liste mit Ressourcen und Publikationen finden Sie auf:

www.osce.org/odihr/tolerance

Tel.: +48 22 520 0600

Fax: +48 22 520 0605

E-Mail: WordsintoAction@odihr.pl

<http://www.osce.org/project/wia>

OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Ul. Miodowa 10
00-251 Warschau
Polen



Organisation
der Vereinten Nationen
für Bildung, Wissenschaft
und Kultur

Nähere Informationen zu den Initiativen der UNESCO zur Prävention von gewalttätigem Extremismus durch Bildung und zur Förderung der Global Citizenship Education finden Sie auf:

<https://en.unesco.org/themes/gced>

Tel: +33 1 45 68 10 00

E-mail: gced@unesco.org

<https://en.unesco.org/themes/education>

UNESCO

7, place de Fontenoy
75352 PARIS 07 SP
Frankreich